

Unterstützung von aufnehmenden Kommunen und Flüchtlingen in Ost-Kamerun und von Rückkehrwilligen in ausgewählte Gemeinden der Zentralafrikanischen Republik

Sonderinitiative Geflüchtete und Aufnahmeländer

Die Herausforderung

Trotz mehrerer Friedensprozesse bleibt die Krise in der Zentralafrikanischen Republik ungelöst. Kamerun hat mehr als 350.000 Flüchtlinge aus dem Land aufgenommen. Die meisten davon leben in den angrenzenden Landesteilen im Osten Kameruns (sog. *Façade Est*). Oftmals übersteigt die Zahl der Flüchtlinge die der aufnehmenden Gemeinden um ein Vielfaches. Die meisten bleiben für min. sechs Jahre, auch weil andere, dauerhafte Lösungen (*Resettlement*, freiwillige Rückkehr) nur einer Minderheit offenstehen. Entsprechend hoch ist der Druck auf staatliche Dienstleistungen, die ohnehin stark unterfinanziert sind.

Die Flüchtlingskrise ist eine von drei großen nationalen Krisen. Dennoch ist sie im (inter-)nationalen Diskurs kaum sichtbar (sog. „Vergessene Krise“). Die internationale Unterstützung für die *Façade Est* ist daher seit Jahren rückläufig. Bspw. ist das Budget vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) seit 2016 um 78 % gesunken, während die Flüchtlingszahlen im gleichen Zeitraum um 83 % gestiegen sind.

Schon vor der Ankunft der Flüchtlinge war der Osten Kameruns von extremer Armut gekennzeichnet und im nationalen Vergleich stark marginalisiert. Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es kaum und Bildungsangebote sind nicht ausreichend. Daher bleiben Selbsthilfekapazitäten eingeschränkt und die hohe Abhängigkeit von (inter)nationaler Hilfe besteht fort. Hiervon sind Frauen besonders betroffen. Aufgrund fehlender Geburtsurkunden und Ausweisdokumenten ist insb. Flüchtlingen der Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Finanzmitteln erschwert. Ohne Registrierung der Geburten droht zudem das Risiko der Staatenlosigkeit.

Mit der 2022 unterzeichneten Erklärung von Jaunde gibt es politische Lösungsansätze zu Überwindung der Krise. Allerdings ist die

Abstimmung zwischen kurz- und langfristig wirkenden Maßnahmen im Sinne des *Humanitarian-Development-Peace Nexus* stark verbesserungswürdig.

Unser Ziel

Flüchtlinge und die lokal ansässige Bevölkerung in der Region *Est*, insbesondere Frauen, sind in der Lage, ihr soziales und wirtschaftliches Leben selbstbestimmter zu gestalten.

Projekttitle	Unterstützung von aufnehmenden Kommunen und Flüchtlingen in Ost-Kamerun und von Rückkehrwilligen in ausgewählte Gemeinden der Zentralafrikanischen Republik
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektgebiet	Gemeinden Batouri, Kentzou, Kette und Ouli im Osten Kameruns
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Politischer Träger	Ministerium für Dezentralisierung und Lokale Entwicklung (MINDEVEL)
Nationale und internationale Partner	Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), Gemeinden, Selbstvertretungsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen
Gesamtaufzeit	10/2022 bis 04/2026

Unser Ansatz

Das Projekt richtet sich gleichermaßen an Aufnahmegerüenden und Flüchtlinge. Durch den gendertransformativen Ansatz liegt das Hauptaugenmerk auf den Bedarfen von Frauen. Im Auftrag des



Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und in Zusammenarbeit mit dem kamerunischen Ministerium für Dezentralisierung und Lokale Entwicklung (MIND-DEVEL) stärkt das Projekt ihre wirtschaftliche und soziale Selbstständigkeit. Es fügt sich in die Schlüsselemente des Globalen Flüchtlingspakts und der Erklärung von Jaunde ein, reduziert den Druck auf Kamerun als Aufnahmeland und leistet einen Beitrag zur Selbstversorgung. Der Ansatz umfasst vier miteinander verknüpfte Handlungsfelder:

1. Durch **schnellwirkende einkommensschaffende Maßnahmen** wie *Cash for Work* werden die Einkommen kurzfristig erhöht. Teilnehmende werden in finanzieller Bildung geschult, zur Gründung von Kooperativen o.ä. beraten und bei relevanten Behördengängen begleitet.
2. Die **Stärkung von Kooperativen und Spargruppen**, bspw. durch Vermittlung von Managementkompetenzen, Beratung zu Geschäftsmodellen und Organisationsberatung, wird die erfolgreiche wirtschaftliche Teilhabe verbessert. Die Beratung basiert auf einer Arbeitsmarktanalyse.
3. Die **Sensibilisierung zur sozialen Selbstbestimmung** fördert den Austausch über Geschlechterrollen und --normen, positive Männlichkeit und verantwortungsvolle Vaterschaft, sowie sexueller Gewalt und Kinderehen. Der Schwerpunkt liegt auf dem *Empowerment* von Frauen. Außerdem werden Teilnehmende begleitet, Geburtsurkunden für ihre Kinder zu beschaffen.
4. Basierend auf einer Studie zu Interesse und Bedarfen bei freiwilliger Rückkehr werden Informationen über die Situation in den Herkunftsgebieten gesammelt und vermittelt. Außerdem wird Rechtsbeistand bei land- oder eigentumsbezogenen Streitigkeiten in der Zentralafrikanischen Republik angeboten. Damit werden die **Entscheidungsgrundlagen bzgl. Rückkehr in die Herkunftsgebiete** verbessert.

Projektgebiete

Das Projekt wird im Osten Kameruns durchgeführt, nämlich in den vier Gemeinden Batouri, Ketzou, Kette und Ouli.



Herausgegeben von Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Firmensitz in Bonn und Eschborn, Deutschland

Unterstützung von aufnehmenden Kommunen und Flüchtlingen in Ost-Kamerun und von Rückkehrwilligen in ausgewählte Gemeinden der Zentralafrikanischen Republik
BP 7814 Jaunde, Kamerun
3ème Rue Hippodrome
www.giz.de/de/weltweit/126891.html

Unsere Strategie

Das Projekt stärkt die Gemeinden im Management der Flüchtlingskrise und fördert deren Inklusion in lokale Entwicklungspläne. Es ist den Prinzipien *do no harm* und *leave no one behind* verpflichtet und berücksichtigt die spezifischen Bedarfe von Frauen, Menschen mit Behinderungen und Angehörige anderer benachteiligter Gruppen. Das Projekt fördert lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. Wo sinnvoll, wird privatwirtschaftliches Engagement gestärkt.

Durch strukturbildende Maßnahmen erhöht das Modul die Selbsthilfekapazitäten von Flüchtlingen und Aufnahmegemeinden. Dadurch wird ein Beitrag zur friedlichen Integration von Flüchtlingen geleistet und die Abhängigkeit von (inter-)nationaler Hilfe reduziert.

Mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen besteht eine enge Zusammenarbeit. Außerdem koordiniert sich das Projekt im Rahmen des *Humanitarian-Development-Peace-Nexus* (HDP Nexus) mit allen relevanten Akteuren. Es mobilisiert die Expertise von spezialisierten Vorhaben, z.B. zum Personenstandswesen, und erhöht damit die Wirksamkeit der durchgeföhrten Maßnahmen.



Bislang erzielte Ergebnisse

- 15.000 m² Gemeindeland für den Anbau von Mais, Erdnüsse und Bohnen vorbereitet, 6.000 Lehmziegel für den Bau von Gemeinderäumen hergestellt, 76 km Straße rehabilitiert, 48 km landwirtschaftliche Wege geöffnet, 22 öffentliche Plätze gesäubert, Bau eines 144 m² großen Trockenplatzes, Sanierung eines Fußballplatzes und Grünflächen von 2 Schulen wieder aufgefört durch 2.000 Teilnehmende (71 % Frauen, 50 % Flüchtlinge, 12 % Menschen mit Behinderung) an *Cash for Work*-Maßnahmen.
- 3.653 Menschen davon 2.432 (69 %) Frauen und 2.210 (61 %) Flüchtlinge zur Bedeutung von Geburtsurkunden sensibilisiert. Im Anschluss Begleitung von 380 alleinerziehenden Frauen bei Registrierung der Geburten ihrer Kinder.
- 1.848 Teilnehmende (73 % Frauen, 62 % Flüchtlinge) zu finanziellen Grundkenntnissen geschult.
- 25 Kooperativen mit 517 Mitglieder (70 % Frauen, 43 % Flüchtlinge) zu Administration und Finanzen weitergebildet.
- Beratung und Rechtsbeihilfe bei Land- und Eigentumsstreitigkeiten in der Zentralafrikanischen Republik für 760 vulnerable Flüchtlinge (64 % Frauen, 10 % Menschen mit Behinderung).
- Entwicklung von Gender-Aktionsplänen auf Gemeindeebene mit 85 Teilnehmenden (44 % Frauen, 55 % Flüchtlinge). Darauf aufbauenden 18.665 Personen (64 % Frauen, 58 % Flüchtlinge) in 21 Dörfern zu Geschlechtergerechtigkeit, Kinderrechten, und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Empowerment sensibilisiert.

Fotonachweise
Text

Hervé Momo
Christoph Brummel

Die GIZ ist verantwortlich für den Inhalt dieser Publikation.

Im Auftrag von

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

In Kooperation mit

Ministerium für Dezentralisierung und Lokale Entwicklung (MINDDEVEL)